

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Kontinuität – Wandel –
Herausforderungen

Herausgegeben von
Wolfgang Zimmermann

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 2022

Band zur Auftakttagung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus am 27. und 28. Januar 2021

Umschlagbild: Proteste gegen die Corona-Politik der Bundesregierung im August 2020 in Berlin, darunter auch Rechtsextreme, »Reichsbürger« und Anhänger der »Querdenken«-Bewegung.
Aufnahme: Sean Gallup, Getty Images



Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte an den Abbildungen liegen beim Landesarchiv Baden-Württemberg bzw. bei den verwahrenden Institutionen.

© 2022 by Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart

Satz und Druck: Offizin Scheufele Druck & Medien GmbH & Co. KG, Stuttgart

Kommissionsverlag: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 978-3-17-042249-0

Inhalt

- | | | | |
|----|---|----|---|
| 4 | Grußwort | 55 | Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in der westdeutschen Bundesrepublik
Uffa Jensen |
| 6 | Vorwort | 62 | Völkische Landnahme – Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos
Andrea Röpke |
| 8 | Einleitung | 72 | Die »Querdenken«-Bewegung – zwischen Verschwörungsmaythen und Bürgerprotest
Frank Dittrich |
| 10 | Antipluralismus und Rechtsextremismus in der Weimarer Republik
Andreas Wirsching | 80 | Podiumsgespräch »Rechtsextremismus: Herausforderung des Rechtsstaates«
Gebhard Schultz |
| 19 | Alliierte Internierungslager im besetzten Deutschland: Brutstätten des Rechtsextremismus?
Frank Engehausen | 84 | Die Autorinnen und Autoren |
| 29 | Die Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus vor und nach dem NSU. Ein vergleichender Blick auf eine besondere Form rechtsextremistischer Gewalt
Armin Pfahl-Traughber | | |
| 42 | »Deutschland normal« – Die extreme Rechte will eine andere Republik
Fabian Virchow | | |

Grußwort

In Deutschland gehört Rechtsextremismus nicht nur zu unserer Vergangenheit, sondern ist auch präsender Teil unserer Gegenwart. In den letzten Jahren haben uns der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle und die rassistisch motivierten Morde in der Innenstadt von Hanau gezeigt, dass rechtsextremistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft präsent ist und in tödlicher Gewalt enden kann. Auch deswegen wird die Radikalisierung von weiten Kreisen der Querdenker-Szene mit großer Sorge verfolgt. Rechtsextremismus ist derzeit eine der größten Bedrohungen für unsere Gesellschaft und Demokratie.

Das Land Baden-Württemberg stellt sich dieser Herausforderung. Im Rahmen des Untersuchungsausschusses des Landtags zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn, wurde ein breites Bündel von Maßnahmen gegen rechtsextremistisches, demokratiefeindliches Gedankengut auf den Weg gebracht.

Dieses Maßnahmenpaket wurde in einem breiten, fraktionsübergreifenden Konsens verabschiedet. Zehn Jahre nachdem sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) am 4. November 2011 selbst enttarnt hat, sei auch an dieser Stelle in besonderer Weise an die Opfer dieser Terrorgruppe erinnert: Neben der Polizistin Michèle Kiesewetter wurden in den Jahren 2000 – 2007 neun Menschen mit Migrationshintergrund durch den NSU ermordet.

Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit – »das wird man ja noch sagen dürfen« – erleben wir täglich Konsensverschiebungen im öffentlichen Diskurs und eine Verrohung der Sprache. Rechtsextremismus bleibt sich im

Kern, im Hass auf das Andere, treu – doch er zeigt sich uns mit immer neuen Gesichtern und in immer neuer Gestalt. Deshalb ist es so wichtig, nicht nur das Zurückliegende zu erforschen, zu verstehen und daraus Lehren zu ziehen, sondern auch die Gegenwart zu dokumentieren, zu analysieren, zu erforschen und mögliche Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat im Jahr 2020 – auch als Konsequenz aus den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses – beim Landesarchiv Baden-Württemberg am Standort Generallandesarchiv Karlsruhe die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, welche Informationen über rechtsextremistische Strukturen und Netzwerke sammelt und der Zivilgesellschaft und Forschung zugänglich macht. Kern der neuen Dokumentationsstelle ist die Dokumentation des vielfach ausgezeichneten Journalisten Anton Maegerle. Mit rund 2.500 Materialordnern, einer Datenbank mit mehr als 2 Millionen Einträgen und einer umfangreichen Zahl von Zeitschriften aus dem rechten Spektrum gilt sie als größte Sammlung ihrer Art in Deutschland. Die Dokumentationsstelle wird künftig auch neue Formen rechten Denkens und Agierens in den Blick nehmen – wie etwa die Reichsbürger, die Querdenken-Bewegung oder verschiedene Formen von Verschwörungsmethoden.

Das Journal RECHTS.GESCHEHEN, das seit November 2021 in jährlich vier Ausgaben durch die Dokumentationsstelle veröffentlicht wird, zeigt nicht nur, über welches umfassendes Material sie verfügt, sondern belegt in bedrückender Weise die Aktivitäten rechter Netzwerke, die ausufernde Agitation von

Querdenkenden und die Vielzahl antisemitischer Übergriffe.

Der Standort Karlsruhe bietet mit der Generalbundesanwaltschaft, dem Bundesgerichtshof, dem Bundesverfassungsgericht, dem neuen »Forum Recht« und dem Generallandesarchiv ein ganz besonderes Umfeld für die neue Dokumentationsstelle. Ich freue mich sehr, dass der Landtag von Baden-Württemberg im Haushalt für das Jahr 2022 die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um die wichtige Arbeit der Dokumentationsstelle finanziell dauerhaft abzusichern. Das Parlament folgt damit den Empfehlungen einer hochkarätig besetzten Expertenanhörung vom November 2020.

Die vorliegende Publikation dokumentiert eine Tagung, die am 27. und 28. Januar 2021 im Generallandesarchiv Karlsruhe durchgeführt wurde und im Livestream übertragen wurde. Es hat sich gezeigt, welch breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, aus der Wissenschaft sowie aus den Sicherheitsbehörden sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus zusammengefunden hat. Renommiertere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter von Sicherheitsbehörden nahmen in ihren Beiträgen Stellung: Wie stark ist die Gefährdung unseres Gemeinwesens durch rechtes Denken und rechten Terror? Was verbirgt sich hinter dem Protest der

Querdenker-Bewegung? Vor welchen Herausforderungen steht unser demokratischer Rechtsstaat?

Die Beiträge spiegeln den aktuellen Forschungsstand im Bereich Rechtsextremismus wider und identifizieren Desiderate und Handlungsbedarfe. Dieser Tagungsband bildet somit auch eine Grundlage für die konzeptionelle Fortentwicklung der Dokumentationsstelle.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen in der jungen Dokumentationsstelle für ihre engagierte und wichtige Arbeit. Die Dokumentation und Erforschung von Rechtsextremismus wird auch in Zukunft von zentraler, überparteilicher und leider auch zeitloser Bedeutung sein. Es bedarf eines starken gesellschaftlichen Bündnisses und einer breiten politischen Unterstützung, um den Zusammenhalt unseres pluralistischen, demokratischen Gemeinwesens zu schützen. Dieser Aufgabe stellt sich die Landesregierung Baden-Württemberg.



Theresia Bauer MdL
Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst Baden-Württemberg